



c/o Deutsche Umwelthilfe
e.V.

Hackescher Markt 4
10178 Berlin

Tel. +49 30 2400867-0
www.duh.de

Bundeskanzleramt
Bundeskanzlerin
Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Offener Brief: Memorandum zur Deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020 – Klimaschonende Mobilität in den Fokus rücken

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

die Corona Pandemie erschüttert die ganze Welt. Menschen fürchten um ihre Gesundheit und ihre wirtschaftliche Existenz. Massive Einbrüche der Wirtschaft zeichnen sich ab. Dies stellt auch die europäische Gemeinschaft in zentralen Politikbereichen vor große Herausforderungen.

Unter diesen Vorzeichen wird Deutschland in der zweiten Jahreshälfte die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen. Die EU-Kommission betont mit dem „Green Deal“ die besondere Bedeutung einer intakten Umwelt als Voraussetzung für ein gesundes und gutes Leben auch der folgenden Generationen. Die innerhalb der deutschen Ratspräsidentschaft zu treffenden Entscheidungen und anzustoßenden Prozesse sollten die Zielsetzung des „Green Deal“ unterstützen und dessen Umsetzung vorantreiben. Im Fokus steht dabei auch die europäische Verkehrspolitik, die sowohl klima- als auch umweltpolitisch von hoher Relevanz ist.

Vor diesem Hintergrund haben die unterzeichnenden Verbände ein Memorandum zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft erstellt, in dem die aus unserer Sicht zentralen Meilensteine einer zukunftsgerechten europäischen Verkehrspolitik sowie die daraus abgeleiteten Handlungsfelder im Rahmen der Präsidentschaft dargelegt sind. Die Ratspräsidentschaft sollte

- mit einem Europäischen Klimaschutzgesetz das EU-Klimaziel für 2030 anheben und Klimaneutralität deutlich vor 2050 sicherstellen
- mit einer EU-Strategie für eine nachhaltige und intelligente Mobilität einen verbindlichen Pfad für eine rasche Dekarbonisierung des Verkehrssektors aufzeigen
- emissionsfreie Antriebe als Eckpfeiler der europäischen Klima- und Industriepolitik forcieren



- Energiesteuern und Straßenbenutzungsgebühren an CO₂-Emissionen ausrichten, umweltschädliche Steuerprivilegien beenden
- mit Europäischer Verkehrspolitik auch abseits der Straße die Verkehrswende voranbringen.

Die ausführliche Darlegung haben wir in der Anlage beigefügt. Für einen weiteren direkten Austausch stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,

Olaf Bandt, Vorsitzender
Bund für Umwelt und Naturschutz e.V.

Kerstin Haarmann, Bundesvorsitzende
Verkehrsclub Deutschland e.V.

Jürgen Resch, Bundesgeschäftsführer
Deutsche Umwelthilfe e.V.